Herausgegeben
für die Friedrich-Ebert-Stiftung von
Johannes Rau
Heinz O. Vetter
Hans-Jochen Vogel
Herbert Wehner

Die Neue Gesellschaft

7

1982
29. Jahrgang

Redaktion:
Peter Glotz (Chefredakteur)
Rainer Diehl
Hans Schumacher (verantwortlich)
Anschrift der Redaktion:
Godesberger Allee 143
5300 Bonn 2
Telefon 37 80 21-25
Telex: 8 85 479 a fest d

Verlag Neue Gesellschaft
Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2
Postfach 20 01 89
Telefon (02 28) 37 80 21-25
Druck: Vorwärts Verlag, 5300 Bonn 2

Redaktionsbeirat:
Helmut Schmidt (Vorsitzender)
Bruno Friedrich (stellvertretender Vorsitzender)
Iring Fetscher
Martin Greiffenhagen
Reimut Jochimsen
Richard Löwenthal
Susanne Miller
Peter von Oertzen

Die Neue Gesellschaft erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag.
Einzelheft 6,— DM, Jahresabonnement 48,— DM zuzüglich Versandkosten. Kündigung bis 30 Tage vor Jahresende.

Im Bezugspreis sind 6,5 % Mehrwertsteuer enthalten.
Anzeigenpreisliste Nr. 11

Zum Inhalt

Das politische Europa bleibt für die meisten Westeuropäer unklar und verschwommen. Aus dem Nebel tauchen zwar hin und wieder als eher unscharfe Hügel die Brüsseler Kommission, das Europäische Parlament oder der Ministerrat auf – Eingeweihte wissen auch über eine EPZ, eine Europäische Politische Zusammenarbeit, zu berichten –, aber was in Westeuropa wirklich politisch geschieht (oder nicht geschieht), dürften wohl nur die wenigsten begreifen.

Das ist ihnen auch nicht vorzuwerfen. Wenn überhaupt, dann sind die Mechanismen der EG-Politik höchstens für Spezialisten zu durchschauen. Das Wie und Warum von innereuropäischen Wechselkursverhältnissen, von Abschöpfungen, Handelsverträgen mit Drittländern oder die absonderlichen Auswirkungen der „gemeinsamen" Agrarpolitik werden von ausufernden Bürokratien gemanagt, verwaltet und verschlüsselt. Politische Kompromisse, schon im nationalen Rahmen häufig schwer durchschaubar und begreifbar, werden auf EG-Ebene, auf der neben verschiedenen politischen „Anliegen" und Zielen auch nationale Interessen auszutarieren sind, manchmal schlicht unverständlich. Hinzu kommt, daß über Sinn und Ziel der Europäischen Gemeinschaft zwischen den einzelnen Mitgliedern keineswegs Einigkeit herrscht. Was den einen notwendige Gemeinsamkeit ist, um sich zwischen den Supermächten und anderen Kräften in der Welt zu behaupten und die eigene (europäische) Identität bewahren zu können, scheint den anderen die schier undenkbare Aufgabe nationaler Souveränitäten zu sein. Darüber hinaus sitzt mindestens bei der Regelung konkreter Probleme das eigene nationale Hemd näher als der europäische Rock – auch bei den erklärten Freunden europäischer Gemeinsamkeit.

Europäische Aktivisten diskutieren zur Zeit insbesondere über zwei Lösungswege aus dieser mißlichen Situation, angestachelt auch durch den näherrückenden Wahltermin zum Europäischen Parlament im Jahr 1984, um nicht mit ganz leeren Händen vor die Wähler treten zu müssen, denen man 1979 bei der ersten Direktwahl zum EP allerlei europäische Fortschritte versprochen hatte. Die einen, repräsentiert vor allem durch den ehrwürdigen Europäer Altiero Spinelli, setzen auf die europäische Union, auf die Verstärkung des Einflusses des Europäischen Parlaments und auf eine Veränderung der Europäischen Verträge mit der Folge von mehr gemeinsamer Politik.

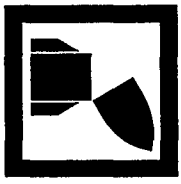
Aber die Skeptiker, zu denen durchaus auch einige Politiker gehören, die nicht nur nach der Debatte im EP mehr oder weniger gezwungen die „Leitlinien des Europäischen Parlaments für die Reform der Verträge und die Verwirklichung der Europäischen Union" durch ihre Zustimmung unterstützt haben, sondern auch Mitautoren Spinellis und europäische Optimisten, bezweifeln, daß sich durch ihre Annahme kurzfristig etwas ändern werde. Und „kurzfristig" heißt im europäischen Politikrahmen beispielsweise bis 1984. Die Macht, Dinge in Europa politisch zu regeln, werde im Endeffekt bei Europäischem Rat und bei der Brüsseler Kommission bleiben. Die europäischen Parlamentarier könnten nur hoffen, daß die Bröckchen, die für sie von der Mächtigen Tische fielen, nicht allzu klein seien.

Hier setzen diejenigen an, denen es weniger um eine Veränderung der Verträge oder des faktisch oder juristisch abgesicherten Machtgefüges zwischen den europäischen Institutionen geht, sondern darum, die vorhandenen Probleme in Europa möglichst schnell und effizient anzupacken. Seine Scheu vor der Aufgabe, die Europa-Verträge verändern zu wollen, begründet beispielsweise Max Kohnstamm in einem NG-Gespräch mit dem einleuchtenden Hinweis auf die unendlichen Schwierigkeiten, die allein durch die Ratifizierungsverfahren in zehn verschiedenen nationalen Parlamenten entstünden. Er möchte vielmehr die schon bestehenden Verträge ausgeschöpft wissen und die vorhandenen europäischen Institutionen dazu zwingen, etwa das Problem Arbeitslosigkeit oder die Modernisierung der Industrie anzugehen.

Beide Konzeptionen, die Spinellis oder die Kohnstamms, schließen sich im Endeffekt nicht aus. Wer erfolgreicher sein wird und damit Recht behalten dürfte, werden die nächsten Jahre zeigen. Dabei kann leider nicht ausgeschlossen werden, daß beide Initiativen das Schicksal von einigen anderen Plänen für die Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaft erleiden, nämlich in Aktenschränken begraben und vergessen zu werden. Beide Ansätze brauchen zu ihrer Verwirklichung die breite politische Unterstützung der westeuropäischen Wähler. Die aber fühlen sich von „Europa" meist sehr fern. Zwar wird von niemandem in den „proeuropäischen" Gesellschaften bestritten, daß etwas geschehen müsse, und auch der amerikanische Präsident macht sich zur Zeit durch Pipelineembargos und andere Aktivitäten um die europäische Einigung durchaus verdient, aber solange für die politischen Parteien „Europa" eher ein Nebenthema für vollmundige Sonntagsreden bleibt, wird sich wohl nicht viel ändern.

INHALTS VERZEICHNIS

Seite	Autor	Titel
614	Peter Glotz	Wohlfahrtsstaat, Fiskalpolitik und Wachstum Bemerkungen zum Haushalt '83
616	Herbert Wehner	Bundeshaushalt 1983/CDU/CSU Thema: Europa
619	Willy Brandt	Europäische Politik für die 80er Jahre
621	Pierre Mauroy	Beharrlichkeit tut not
625	NG-Gespräch mit Max Kohnstamm	Das Wesentliche sind die ökonomischen Interessen
630	Dokumentation	Entschließung zu den Leitlinien des Europäischen Parlaments für die Reform der Verträge und die Verwirklichung der Europäischen Union
633	Katharina Focke	Fenster aufmachen!
634	Thomas von der Vring	Zum Stand der spanischen EG-Beitrittsverhandlungen
637	Rudi Arndt	Wieviel Geld ist Europa wert? Erste Einigung im europäischen Haushaltsstreit
640	Dagmar Luuk	Rückkehr gegen Bares – ein entwicklungspolitischer Offenbarungseid
645	Klaus Wettig	Hessisches Konzept zur Reform der EG-Agrarpolitik – ein Lösung?
648	Jörg Jordan	Nochmals Reform der EG-Agrarpolitik
651	Walter Zöller	Die Europäische Gemeinschaft und die Dritte Welt
654	Wilhelm Bruns	Europäische Sicherheitspolitik
659	Egon Bahr	Neuer Ansatz der gemeinsamen Sicherheit
668	Wolf Graf von Baudissin	„Kernwaffen und das Atlantische Bündnis" Zum Artikel von McGeorge Bundy, George F. Kennan, Robert S. McNamara und Gerard Smith
671	Dieter S. Lutz	Von SALT zu START. Forderungen an eine verloren geglaubte Sache
674	Rainer Diehl	Die Schmierenkomödie vom Westfälischen Frieden
680	Peter Ruhenstroth-Bauer	Juso-Schülerarbeit auf verlorenem Posten?
683	Wolfgang Roth	Konsequente Politik gegen die Apartheid
685	Zehra Önder	Vom osmanischen Vielvölkerstaat zum National-Staat der modernen Türkei
		Berichte aus europäischen Ländern
689	Europäische Gemeinschaft	Frauenarbeit gezielt fördern
690	Belgien	Eher hilflos
691	Dänemark	Geringfügige Abstriche
692	Frankreich	Zwischen Ideologie und Realismus
693	Griechenland	Besonderer Auftrag
694	Großbritannien	Verschwommene Haltung
695	Irland	Zynische Linie
696	Italien	Unübersehbare Schwächung
697	Luxemburg	Sozialisten für monetäre Unabhängigkeit
698	Niederlande	Liberale im Aufschwung
699		Kritik



SICHERHEITS-POLITIK

Egon Bahr: Neuer Ansatz der gemeinsamen Sicherheit

Am 23. Mai 1982 wurde Egon Bahr in Rastatt der Gustav-Heinemann-Bürgerpreis verliehen. Aus diesem Anlaß hielt Egon Bahr eine Rede, die wir im folgenden dokumentieren, weil in ihr wahrscheinlich die Grundlinien einer sicherheitspolitischen Diskussion vorgezeichnet sind, wie sie in den nächsten Monaten und Jahren in Westeuropa geführt werden muß. Ob die Bahrsche Rede, intern inzwischen „Tutzing II" genannt, eine ähnliche Wirkung haben wird wie jene berühmte in Tutzing zu den Grundlagen einer neuen deutschen Ostpolitik, bleibt abzuwarten. Notwendig auf jeden Fall ist es, sich mit den Argumenten Egon Bahrs zur Sicherheitspolitik auseinanderzusetzen.

Alle wollen Sicherheit. Dieser elementare Wunsch existiert, seit es Geschichte gibt. Um sicher zu sein, mußte man stark sein. Noch sicherer war, wer Verbündete gewann. Am sichersten war man natürlich, wenn man den potentiellen Gegner besiegte, also die Gefahr für sich ausschaltete. Der potentielle Gegner dachte und rüstete und handelte genauso. Das Ergebnis war die Geschichte der Kriege. Heute leben wir im Zeitalter der gesicherten gegenseitigen Vernichtung, der Mutual Assured Destruction, wie das die Amerikaner genannt haben. Diese Fähigkeit hat den Sieg und die Hoffnung auf Sieg ausgelöscht.

Abstrakt weiß man das. Das wirkliche Verhalten entspricht aber immer noch dem traditionellen Denken. Wir erleben Diskussionen über einen ersten Schlag, einen Überraschungsangriff, den Vorteil des ersten Gebrauchs von Atomwaffen, über die Begrenzbarkeit von Kriegen und ihre Führbarkeit. Alle diese Diskussionen finden ihren Sinn in der verzweifelten Rechnung, wenn nötig den Krieg auch gewinnen zu können. Die Hoffnung, Krieg zu verhindern, sucht zu ihrer Rückversicherung seine Vorbereitung und die Fähigkeit ihn zu führen und zu gewinnen. Die klassische Formel: Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor, hat, seit sie geprägt wurde, buchstäblich Tausende von Kriegen nicht verhindert. Bisher konnten alle Schäden repariert werden, die der Krieg verursachte. Die unersetzlichen Menschenleben, die wir nicht vergessen wollen, deckte die Zeit zu. Ein atomarer Krieg wäre etwas grundsätzlich anderes. Er könnte das Leben der Menschheit auslöschen.

Der Frieden ist oberstes Ziel

Der atomare Krieg ist irreparabel. Irrtümer wären nicht mehr korrigierbar. Deshalb ist es oberstes Ziel, politisch wie ethisch, vor Gott und den Menschen, das Ende der Menschheit zu verhindern. Es gibt keinen Wert, der darüber geht, kein Prinzip, das höher steht, kein Interesse, das nicht untergeordnet werden müßte.

Kommunisten und Kapitalisten, Gläubige und Ungläubige, Reiche und Arme aller Hautfarben haben sich diesem ersten Gebot des menschlichen Lebens unterzuordnen. Der Friede ist Pflicht, hat der Papst gesagt. Vom Ernstfall des Friedens sprach Gustav Heinemann und meinte das gesellschaftspolitische Verhalten für unseren Staat; Heinemanns Wort gilt buchstäblich global. Alarmiert haben wir erlebt, daß innerhalb weniger Stunden die Frage, ob eine Inselgruppe künftig Falkland oder Malvinen heißt, auch 1982 noch nationalistische Stimmungen entfachen kann, die nach der Verhältnismäßigkeit der Mittel wenig fragen. Aber schlimm wird die Sache, wenn in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" diese Haltung verherrlicht und verabsolutiert wird; wenn dieses Blatt, was der National- und Soldatenzeitung würdig wäre, Friedensmentalität verächtlich zur winselnden Harmlosigkeit degradiert und mit Machtverzicht und politischer Raumleere gleichsetzt.

Wer uns England als Beispiel vorhält und zum Muster europäischer Zivilisation und Prinzipienfestigkeit erklärt, setzt die Gesetze des nuklearen Zeitalters außer Kraft. Denn folgerichtig müßte er fordern: Das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts gilt für die Deutschen sicher nicht weniger als für die Falkländer. Und warum soll dann Japan noch zögern, es gegenüber den Kurilen anzuwenden? Was hindert die NATO, ihre Prinzipien in der Türkei durchzusetzen oder sie *Solidarnosc* durchsetzen zu helfen? Es ist eine Beleidigung aller Deutschen, ihnen Prinzipienlosigkeit oder Krämergeist vorzuwerfen, weil wir berechtigte nationale Wünsche und das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Pflicht zum Frieden untergeordnet haben. Es gibt keine Ziele und keine Interessen, die anders als im Frieden und anders als mit den Mitteln des Friedens verfolgt wer-

den dürfen. Es sei denn, wie im Falle Argentinien und der britischen Reaktion darauf, daß beide glauben, sich den grausamen Luxus eines garantiert nicht-nuklearen Konflikts noch einmal leisten zu können. Europa kann und darf das nicht.

Der Wille zum Frieden darf nicht als Bereitschaft zur Unterwerfung mißverstanden oder verleumdet werden. Der Wille zum Frieden erstrebt eine Welt, in der sich jedes Volk in Sicherheit und in Respekt vor seinen Nachbarn entwickeln kann, eine Welt, in der es ideologische Auseinandersetzungen gibt, die mit vielen Mitteln, aber jedenfalls nicht mit denen des Konflikts und der Gewalt ausgetragen werden dürfen. Bis zu diesem Zustand ist es wohl noch ein weiter Weg.

Abschreckungsdoktrinen und ihre Gefahren

Friedenssicherung durch Kriegsvorbereitung ist abgelöst worden durch die Doktrin der Abschrekkung. Dies ist ein Fortschritt. Die nuklearen Rüstungen in Ost und West sollen Krieg nicht vorbereiten, sondern verhindern. Aber es gibt unterschiedliche Doktrinen der Abschreckung. Die NATO-Strategie der flexiblen Antwort will die Abschreckung auf allen denkbaren Stufen eines Angriffs – konventionell, strategisch und interkontinental – wasserdicht, also lückenlos machen. Diese Strategie kann nicht verhindern, daß sie im Kern das Anhalten auf jeder Stufe beinhaltet. Das ist sogar erwünscht. Sie findet ihren Sinn in der Hoffnung auf Begrenzbarkeit, falls die Abschreckung nicht funktioniert.

Die sowjetische Strategie lehnt die Möglichkeit der Begrenzbarkeit ab und kündigt die globale strategische Antwort an. Sie verfolgt also die massive politische Abschreckung. Auf seiten des Westens lückenlose, aber in Stufen unterscheidbare Abschreckung oder die totale Abschreckung auf seiten des Ostens – die Menschheit wird hoffentlich nie die Erfahrung machen müssen, welche der beiden Strategien sich durchsetzt.

Die NATO hatte einmal die Strategie der massiven Vergeltung, ohne Zweifel eine höchst wirksame Abschreckung, solange die Sowjetunion nicht in der Lage war, Amerika durch Atomraketen zu erreichen. Sie wurde abgelöst, mit dem Hinweis, daß nicht länger glaubwürdig sei, Amerika werde seine Existenz aufs Spiel setzen für den Fall eines regional begrenzten sowjetischen Angriffs. Die Doktrin der Abschrekkung heißt: Nur wenn ich bereit bin, meine eigene Existenz zu wagen (mit dem Druck auf den atomaren Knopf), werde ich nicht nötig haben das zu tun. Das Gleichgewicht des Schreckens, die gegenseitig gesicherte Zerstörung, hat funktioniert.

Es war logisch, wenn nach dem Ende der massiven Vergeltung immer kleinere Atomwaffen entwickelt wurden, Systeme begrenzter Wirksamkeit, zielgenau auf dem überschaubaren Gefechtsfeld benutzbar. Diese Waffen haben nicht nur die Zerstörungskraft der großen strategischen Waffen verkleinert, sondern auch den Schrecken vor ihnen. Die Miniaturisierung von nuklearen Waffen birgt die Gefahr der Miniaturisierung der Abschreckung. Die Senkung der atomaren Schwelle, die besonders bei der Einführung von Neutronen-Waffen möglich würde, könnte technisch und politisch die Neigung verstärken, auf ihre Benutzbarkeit zu hoffen, ohne die große Katastrophe befürchten zu müssen. Es handelt sich also um eine Entwicklung, die gerade in Europa sogar ungewollt die Abschreckung mindern und damit die Gefahr eines Krieges vergrößern könnte.

Abschreckung enthält zwei Elemente: Das eine Element ist das der gegenseitigen Abhängigkeit. Man ist auf den Gegner fixiert, mit dem Gegner in dem gemeinsamen Ziel der Kriegsverhinderung durch Abschreckung verbunden. Gleichzeitig enthält Abschreckung das andere, das klassische Element. Man muß alle Optionen des Gegners haben, wenn möglich bessere, mit Vorteilen, um für den Fall, daß Abschreckung nicht funktioniert, Krieg wirklich führen zu können. Ohne diese Fähigkeit würde Abschrekkung natürlich nicht funktionieren.

Mir scheint die Ideee der Abschreckung eine Übergangstheorie zu sein. Sie will Kriegsverhinderung mit der Führbarkeit von Kriegen verbinden, falls doch Krieg nicht zu verhindern wäre. In diesem inneren Widerspruch liegt auch eine Gefahr. Man könnte überspitzt sagen: Nicht die Idee der Abschreckung, sondern der Schrecken der Waffen selbst hat den nuklearen Krieg verhindert. Wenn die Waffen durch die Begrenzbarkeit ihrer Zerstörungskraft den Schrecken vor sich mindern, wird auch die Wirksamkeit der Abschreckung gemindert werden.

Im Zeitalter der gegenseitig gesicherten Zerstörung ist Sicherheit nicht mehr vor dem Gegner, sondern nur noch mit ihm zu erreichen. Die Gegner wären im Untergang vereint; sie können nur gemeinsam überleben. Das nukleare Zeitalter verlangt die Doktrin der gemeinsamen Sicherheit.

Sicherheitspartnerschaft

Gemeinsame Sicherheit verlangt das Umdenken, den Gegner als Partner zu akzeptieren, weil und nachdem er durch Gewaltanwendung nicht mehr zu besiegen ist. Daß die Gegner auch Partner von Rüstungskontroll-Verhandlungen sind, ist schließlich unbestreitbar. Erstaunlich, daß die Union den Bundeskanzler wegen einer solchen Feststellung angreift. Wenn Reagan mit Breschnew über die Begrenzung strategischer Waffen redet, dann sind beide Partner. Das bedeutet nicht, daß Reagan Kommunist und Breschnew Demokrat werden muß. Es bedeutet auch nicht, daß die beiden ihre Verbündeten vergessen. Die globale Partnerschaft zur Verhinderung eines interkontinentalen nuklearen Krieges geht allen Bündnissen vor. Die Bündnisse bleiben auch unentbehrlich, da niemand weiß, ob die Partnerschaft funktionieren wird. Bisher ist es so, daß jeder der beiden Partner seinen Vorteil sucht; denn sie sind Partner aus Zwang und nicht aus Neigung. Fast alle bisherigen Rüstungskontroll-Verhandlungen und -Vereinbarungen haben darunter gelitten, daß beide Seiten sich Vorteile zu verschaffen suchten, indem sie Lücken ließen, um ihre Stärken weiter zu entwikkeln oder ihre Schwächen auszugleichen.

So ist zu erklären, daß bei der Vereinbarung über SALT II zum Beispiel Raum blieb für die Entwicklung seegestützter Marschflugkörper, auf beiden Seiten. Dieses Rennen hat begonnen. Die Amerikaner entwickeln viele hunderte davon und die Russen tun das gleiche. Wir stehen vor einer Phase, in der beide Seiten sich Mittel verschaffen, die das Territorium des anderen erreichen können, ohne vom eigenen abgeschossen zu sein. Dies ist deshalb so gefährlich, weil es bei seegestützten Cruise Missiles keinen rüstungskontrollpolitischen Ansatz oder irgendeine verläßliche Verifizierung gibt. Der „Fortschritt" wird abermals destabilisieren und weniger statt mehr Sicherheit bringen, außer, beide Seiten verzichten auf einen solchen Fortschritt.

Rüstungskosten sind soziale Kosten

Abschreckung enthält etwas Sicherheit mit dem Gegner, aber mehr Sicherheit vor dem Gegner. Deshalb wird Abschreckung allein niemals geeignet sein, die weitere Aufrüstung zu stoppen. Aber gerade dieser Stopp ist nötig, in erster Linie aus Sicherheitsgründen, aber dann auch aus wirtschaftlichen. Wir sehen doch schon heute, daß nicht einmal Amerika in der Lage ist, alles zu bezahlen, was es bestellt hat und was seine Industrie produzieren könnte. Wir destabilisieren unsere Gesellschaft mit einer Rüstung, die nur durch soziale Kürzungen finanzierbar wird. Und wenn damit nicht einmal mehr Sicherheit produziert wird, so destabilisieren wir unsere Gesellschaft, weil die Rebellion gegen die doppelte Unlogik einer solchen Politik logisch wird und als einziger Ausweg erscheint. Der unentbehrliche Konsens zwischen Bevölkerung und Regierungen, wenn Demokratie funktionieren soll, wird gefährdet, wenn sich der Eindruck ergibt, daß Regierungen Gefangene alter Beschlüsse geworden sind, unfähig zu erkennen, daß falsch wurde, was gestern richtig war, zu schwach, um sich aus alten Denk-Schablonen zu befreien und in die berühmten Speichen des Rades zu greifen. Manche merken noch gar nicht, daß die Routine der alten Methodik von Verhandlungen und Rüstungen und Teilerfolgen bei Verhandlungen, aber vollen Erfolgen bei Rüstungen in das Herz, nämlich in die Glaubwürdigkeit unserer westlichen Gesellschaft und ihrer Werte führt. Weder durch Repression noch durch Betrug, weder durch Polizei noch durch Beschwichtigung ist das Fehlen eines Konsens über Sinn unserer Verteidigung und über die Perspektive unserer Sicherheit zu ersetzen.

Mindestens ein Viertel der gesamten amerikanischen Intelligenz arbeitet für die Rüstungsindustrie. In der Sowjetunion werden es wohl mehr sein. Auf beiden Seiten sicher nicht die Schlechtesten. Denn jedenfalls in Amerika kann sich die Rüstungsindustrie, weil sie auf Geld weniger Rücksicht zu nehmen braucht, die Besten leisten. Es ist ja auch viel interessanter, über neue Möglichkeiten im Weltraum zu tüfteln und zu experimentieren als Kühlschränke und Plätteisen zu verbessern. Die Tatsache übrigens, daß Japan in den letzten 30 Jahren seine Intelligenz praktisch ausschließlich auf die Verbesserung der zivilen Produktion gelegt hat, ist neben anderen Faktoren sicher eine Ursache dafür, daß japanische Waren nicht nur billiger, sondern auch auf einer ganzen Reihe von Gebieten besser als amerikanische und europäische geworden sind. Es wäre interessant, dem Gedanken nachzugehen, ob nicht ein Konzept daraus wird, sich systematische Vorteile für friedliche Produktion zu verschaffen, die dann voll wirksam werden, wenn der Aufwand anderer sich auszahlt, den Frieden durch Rüstung zu erhalten.

Der Mensch ist in Gefahr von seiner Technik überwältigt zu werden

Aber wozu über etwa nachdenken, worüber unsere japanischen Freunde längst nachgedacht haben? Wichtiger ist, daß die Suche der auf Rüstung konzentrierten menschlichen Intelligenz explosive Ergebnisse hat. Die Entwicklung neuer Waffen-Systeme wächst schneller als die Fähigkeit, sie zu beherrschen. Die Wissenschaft kann dafür Computer einsetzen, die Politik bleibt im wesentlichen auf die Aufnahmefähigkeit der Gehirne angewiesen. Die

Elektronik steht im Dienst der Technik, aber nicht im Dienst der politischen Überzeugung. Der Mensch ist buchstäblich in der Gefahr, von seiner Technik überwältigt zu werden. Die Zahl der politischen Gehirne, die sich damit befassen, die Gefahren zu bannen, die von anderen objektiv geschaffen werden, hat sich kaum vergrößert; sie ist auch nicht beliebig vermehrbar, weil die politischen Entscheidungsstrukturen im wesentlichen unveränderbar sind. Tausende arbeiten auf der einen Seite und konfrontieren auf der anderen Seite einzelne, die alle Ergebnisse durchdenken müssen, weil sie entscheiden sollen. Die Tausende sind auf den „Erfolg" fixiert: größere, genauere Zerstörung, Berechenbarkeit, kürzere Flug- und Warnzeiten, Zielgenauigkeit, Ausschaltung gegnerischer Abwehr und menschlicher Schwächen, Ausnutzung der idealen Bedingungen im Weltraum und so fort. Sie machen dabei sogar in der Ausschaltung des Wetters, also der Gegebenheiten unseres Globus, beachtliche Fortschritte. Die anderen sind fixiert auf die Verantwortung, die Notwendigkeit, Übereinstimmung mit ihren Wählern herbeizuführen, Geld für Versuche zu bewilligen, deren Ergebnisse sie nicht überschauen können, und Ergebnisse der Technik zu lernen, um Gefahren zu erkennen, die objektiv entstehen, damit sie sie subjektiv beherrschen können. Dies ist wirklich ein ungleiches Rennen und die Wahrscheinlichkeit, daß die Vernunft gewinnt, die Wahrscheinlichkeit, daß die Politik nicht zum Gefangenen einer unkontrollierten Entwicklung wird, ist bedrückend gering. Man muß Optimist sein, um ihr 50 Prozent zu geben.

Die Wissenschaft und die Politik deshalb zu beschimpfen wäre falsch, jedenfalls ohne Ergebnis. Ich zweifele, daß ein Appell an die Verantwortung der Wissenschaft Wirkung hätte. Aber jedenfalls ist das Prinzip Verantwortung für die Politik unabweisbar. Wer denn sonst als die Politik soll und muß sich diesem Prinzip als dem übergeordneten stellen, der Verantwortung, nicht alles zu tun, was möglich ist und technisch geht, der Verantwortung vor den kommenden Generationen, der Verantwortung, die mehr ist und mehr verlangt als das Prinzip Hoffnung. Nicht weniger als diese Dimension ist die Meßlatte für die Entscheidungen, die wir zu treffen haben.

Aber auch dies gilt für beide Seiten. Niemand darf glauben, daß die individuelle Aufnahmefähigkeit von Breschnew oder Honecker größer ist als die von Reagan oder Schmidt, daß Quantität oder Qualität derer, die ihnen unmittelbar zuarbeiten und Entscheidungen vorbereiten, sich grundlegend unterscheidet. Wir haben trotz aller Unterschiede der Systeme oder der Wertvorstellungen dieselben Probleme. Es ist leichter, Entwicklungen zu starten als sie zu beherrschen. Auch von dieser Seite her ist ein neuer Ansatz nötig. Die Erkenntnis, daß keine Seite militärisch oder in der Rüstung noch einen Vorteil erringen kann, der nicht kurze Zeit danach auch dem anderen zuwächst, bedeutet: Es gibt nur gemeinsam Sicherheit. Nur wenn dies beide Seiten akzeptieren, werden sie die Kraft finden, gemeinsam das Rennen zu stoppen, ohne daß der eine über den anderen Vorteile gewinnt. Dann wird es zum gemeinsamen Erfolg, die Einführung neuer Waffen-Qualitäten zu stoppen, kommen. Dann werden sie auch feststellen, daß das Ganze billiger zu haben ist. Gemeinsame Sicherheit führt zu Abrüstung.

Die Strategiedebatte ist notwendig

Nun gibt es hier wie in Amerika ein Gefühl dafür, daß alte Rezepte und alte Strategien vielleicht nicht mehr funktionieren. Die SPD hat in München eine Strategie-Debatte beschlossen, in Amerika haben McNamara und andere die Frage aufgeworfen, ob der Westen nicht auf den Erstgebrauch von nuklearen Waffen verzichten sollte. In Frankreich gibt es eine Überprüfung der seit de Gaulle gültigen Strategie. Ich halte das angesichts unserer Probleme für natürlich und richtig und möchte meinen Beitrag als Teil dieser internationalen Diskussion verstanden wissen.

Dazu gehört ein wichtiger Orientierungspunkt: Solange ich kein neues Konzept habe, muß das alte gelten. Solange es keine neue Strategie gibt, gilt die alte. Keine tiefgreifenden einseitigen Akte können uns mehr Sicherheit bringen.

Gemeinsame Sicherheit heißt auch, daß wir, in der Bundesrepublik Deutschland, Sicherheit nur im Bündnis und mit dem Bündnis bekommen, mit Amerika und nicht ohne es. Gemeinsame Sicherheit ist das Gegenteil von „ohne mich". Der einzelne kann aussteigen, ein Volk nicht. Nicht einmal Amerika könnte allein auf sich gestellt auf Dauer Sicherheit bekommen. Gemeinsame Sicherheit heißt weder Waffenlosigkeit noch Pazifismus. Gemeinsame Sicherheit braucht Streitkräfte und Verteidigungsfähigkeit. Sie eröffnet, ausgehend vom Zustand wie er ist, die Perspektive, daß der Konflikt zwischen Ost und West durch Waffen und Gewalt nicht mehr ausgetragen werden kann. Das heißt, daß wir in Sicherheit leben und daß Auseinandersetzungen nur noch mit den Mitteln der Politik, der Wissenschaft, der Zusammenarbeit, des Wettstreits der Besseren stattfinden können.

Gemeinsame Sicherheit muß sich also auch gegen

alles wenden, was geeignet sein könnte, das europäische Schicksal vom amerikanischen abzukoppeln oder uns oder den Amerikanern ungleiche Risiken zuzuschieben. Hier beginnt die Diskussion über den Verzicht auf ersten Gebrauch von Atomwaffen. Die Möglichkeit des Ersteinsatzes hat sich bekanntlich die NATO vorbehalten, weil sie anders nicht glaubt, einen konventionell überlegenen Angriff abschrecken oder gegebenenfalls zum Halten bringen zu können. Der Osten hat mehrfach den gegenseitigen Verzicht auf den Erstgebrauch von Atomwaffen angeboten. Das ist immer abgelehnt worden, wegen der konventionellen östlichen Überlegenheit.

Ich habe den Vorschlag der vier Amerikaner McGeorge Bundy, George F. Kennan, Robert S. McNamara und Gerard Smith deshalb interessant gefunden, weil er die besondere Lage der Bundesrepublik mit unserer besonderen Gefährdung anerkennt und das Interesse formuliert, das unser Interesse auch ist: Die nukleare Schwelle muß so hoch wie möglich gesetzt werden. Wir dürfen nicht durch immer verkleinerte, ganz vorn postierte Atomwaffen gewissermaßen hineingleiten in den atomaren Krieg. Das sprach und spricht gegen Neutronenwaffen, aber auch gegen andere taktische Waffen, über deren Einsatz de facto im Ernstfall ohne politische wirkliche Abstimmungsmöglichkeiten schnell und delegiert entschieden werden müßte.

Ich kann auf den Erstgebrauch von Atomwaffen verzichten, wenn ich eine annähernde konventionelle Gleichheit beider Seiten habe, nicht vorher. Ich komme zu dem Ergebnis, daß die gegenwärtige Strategie der sogenannten Triade bleiben muß, solange das konventionelle Gleichgewicht nicht vorhanden und überprüfbar vertraglich gesichert ist.

Konventionelles Gleichgewicht

Aber den nuklearen Krieg oder das Überschreiten der nuklearen Schwelle möglichst unmöglich zu machen hat einen ganz hohen Stellenwert. Er wäre für mich hoch genug, um auch zu der Konsequenz Ja zu sagen. Wir müßten bereit sein, mehr Geld auszugeben für konventionelle Rüstung, wenn dies der einzige Weg dazu wäre. Hier muß man seine Prioritäten kennen.

In der bisherigen öffentlichen Diskussion ist allerdings verblüffend zu sehen, daß darunter immer konventionelle Aufrüstung verstanden wird, wenn von konventionellem Gleichgewicht gesprochen wird. Es wäre doch naheliegend, mit dem Warschauer Vertrag das annähernde konventionelle Gleichgewicht durch Abrüstung auf eine niedrigere Ebene zu verhandeln. Dabei muß die Bundeswehr nicht die sowjetische Armee ausbalancieren. Aber wenn wir die Zahlen der Gesamtstreitkräfte nehmen, in der NATO und im Warschauer Vertrag, dann ist das kein überwältigendes Ungleichgewicht, was da zu beseitigen ist. Natürlich muß man dafür über die Region hinausgehen, wie sie für die Wiener Verhandlungen bestimmt wurde.

Ich muß Streitkräfte in der Sowjetunion ebenso wie in Amerika sehen und auch die Zeit in ein annäherndes Gleichgewicht bringen, die für beide Seiten erforderlich ist, gegebenenfalls auffüllen zu können. Der abgeschlossene Host-Nation-Support zeigt Wege. Vielleicht begrenzt man sich auf Zentral-Europa und läßt zunächst sowohl den Norden wie den Süden beim gegenwärtigen Zustand. Aber es ist klar, daß dann auch die französischen Streitkräfte berücksichtigt werden müssen; sie wollen im Ernstfall ja gar nicht anders betrachtet werden denn als Feind des Angreifers und Teil des Bündnisses. Ich habe es dann mit verschiedenen Asymmetrien zu tun, einer beträchtlichen sowjetischen Panzerüberlegenheit, die durch eine beträchtliche konventionelle Panzerabwehrfähigkeit natürlich nicht so weit auszugleichen wäre, daß wir keine Panzer mehr brauchten.

Aber das Entscheidende ist nicht, auf allen Sektoren zahlenmäßige Gleichheit zu erhalten, sondern offensiv benutzbare Überlegenheiten der anderen Seite so zu reduzieren, daß ein Angriff militärisch sinnlos wird.

In diesem Zusammenhang ist ein Blick auf die Interessen angebracht. Ich glaube, daß seit mehr als einem Dutzend Jahren das Verhalten der beiden Supermächte ihre Priorität zeigt, den großen globalen atomaren Konflikt zu verhindern. Unter dem Gesichtspunkt: das Wichtigste zuerst, haben sie sich vor allem darauf konzentriert, die gewaltigsten Zerstörungspotentiale zu neutralisieren. Das heißt, sie erstreben ein Gleichgewicht, das auf der Basis vernünftigen Verhaltens auf beiden Seiten bei gegenseitiger Verwundbarkeit den Einsatz ausschließt. Der SALT-Prozeß zeigt das. Wir haben Gleiches für die darunter liegenden Ebenen nicht. Krieg zu verhindern ist das Interesse beider; wenn dies nicht möglich ist, so ist das Interesse beider, was immer sie erklären, den Krieg möglichst außerhalb ihrer Territorien zu führen. Wir sollten das nicht kritisieren. Wir würden ebenso denken, wenn wir in Washington oder Moskau säßen. Es entspricht sogar dem allgemeinen Interesse, daß nicht die Menschheit untergeht, falls Europa bis zur Unkenntlichkeit zerstört würde. Interessen lügen nicht, ist gesagt worden, und

deshalb ist es richtig, daß natürlich Europa das Interesse hat, in den gleichen Zustand ausbalancierter Sicherheit zu kommen, den beide Supermächte für sich zu festigen suchen.

Unnannehmbare Alternativen

Das geht auf zweierlei Art: die eine ist die Verklammerung, die lückenlose Integration aller militärischen Mittel in einer Vollständigkeit, die gewissermaßen wie ein Domino-Prinzip wirkt: Wenn ein Stein fällt, fallen alle anderen. Die Androhung der Eskalation bis zum letzten ist sicher, weil die Sorge vor dem Abgrund bewirkt, daß niemand den ersten Stein anstößt. Die Triade der NATO will das erreichen. Europa will Amerika gewissermaßen nicht die Freiheit lassen zu entscheiden, wann es seine eigene Existenz aufs Spiel setzt, sondern die USA fast automatisch mit dem eigenen Schicksal unlösbar verkoppeln. Wenn das gelänge, wäre es das Äußerste an erreichbarer Sicherheit, solange das Gleichgewicht möglichen Schreckens wirkt.

Aber eben dieses haben die Vereinigten Staaten abgelehnt, seit sie die Strategie einer massiven Vergeltung abgelehnt haben, mit der Erklärung, die Androhung zum Einsatz der äußersten Waffen im Falle eines begrenzten Angriffs sei nicht mehr unglaubwürdig. Wir dürfen nicht vergessen, daß der Zweifel, ob Amerika sein Schicksal unlösbar an das Europas koppeln wolle, das wohl entscheidende Moment bei de Gaulle gewesen ist, eine eigene nukleare Abschreckung Frankreichs strategisch und militärisch zu entwickeln. Niemand kann Amerika zwingen, seine eigene Existenz einzusetzen, solange es nicht seine eigene Existenz unmittelbar bedroht sieht.

Die Strategie der flexible response hat ein doppeltes Gesicht. Sie droht auf der einen Seite mit der lückenlosen Abschreckung und gleichzeitig kündigt sie das Interesse an, nur das Notwendige zu tun, Stufen zu haben, um anhalten zu können. Wenn ein Stein fällt, sollen eben gerade nicht automatisch alle anderen fallen. Die gültige NATO-Strategie verbindet also beides. Sie macht Abkoppelung und Ankoppelung denkbar, begrenzten Krieg und unbegrenzten Krieg. Ich zweifle nicht daran, daß im Ernstfall die Bemühungen zur Begrenzung unternommen würden, auch wenn die Sowjetunion mit ihrer Strategie das Gegenteil androht. Die sowjetische Strategie sagt vereinfacht: ein Krieg in Europa ist nicht begrenzbar, und behält sich den Einsatz aller Mittel vor, die sie für notwendig hält, um einen Kampf auf Leben und Tod zu bestehen. Und das geht nicht ohne ihren Hauptgegner, Amerika, entscheidend zu treffen.

Dennoch ist der Versuch zur Begrenzung, den Interessen beider entsprechend, wahrscheinlich; die Wahrscheinlichkeit, daß er gelingt, ist annähernd Null aus vielen Gründen, die ich jetzt nicht erörtern will.

Die zweite Art, daß auch Europa in den Genuß des ausbalancierten Gleichgewichts kommt, das die beiden Supermächte für sich zu etablieren suchen, ist die eines konventionellen Gleichgewichts, das jeden Angriff unsinnig macht. Aber hier begegnen wir dem ersten Einwand, daß Verzicht auf die Androhung des nuklearen ersten Einsatzes Krieg wieder führbar erscheinen lassen könnte. Man kann argumentieren, daß gerade die Unausdenkbarkeit und die Unkalkulierbarkeit des Abgrundes vor Krieg abgeschreckt hat, und fürchten: wer den Schrecken wegnimmt, macht den nur konventionellen Krieg wieder möglich. Bei der hohen Bevölkerungsdichte, bei der hoch anfälligen Entwicklung unserer Zivilisation, bei Feuerkraft und Präzision modern ausgerüsteter Verbände wäre ein konventioneller Krieg im Zentrum Europas schrecklich, lähmend und unakzeptabel. Bei der Enge des Raums ist es geradezu ein Alptraum, sich vorzustellen, daß sich im wesentlichen auf unserem Boden über Wochen und Monate elektronisch gelenkte Zerstörungsmaschinerien von hundert oder hunderzwanzig Divisionen austoben würden, in der Gewißheit, daß die Territorien der beiden Supermächte unangetastet bleiben. Es könnte die perfekte Abkoppelung werden.

Die nüchterne Analyse scheint Europa nur vor Alternativen zu stellen, die unterschiedlich unannehmbar sind.

Realitäten

Wer für die Völker und Staaten Europas einen neuen Ansatz der gemeinsamen Sicherheit sucht, muß von den Realitäten ausgehen: Es gibt vier Atommächte in Europa, zwei unterschiedliche Bündnisse und unterschiedliche konventionelle und nukleare Streitkräfte. Es wäre wirklichkeitsfremd, von den Atommächten ihre eigene atomare Entwaffnung zu verlangen. Das Atomwaffen-freie Europa ist eine Illusion. Keine einstimmig angenommene Resolution wird die vier Atommächte dazu bringen, ihre Atomwaffen abzuschaffen.

Es gibt eine zweite Realität: Die Atomwaffen-Staaten entscheiden über den Einsatz ihrer Atomwaffen nur in eigener Verantwortung, die sie nicht teilen, weil niemand die Entscheidung über die eigene Existenz mit einem anderen teilt, jedenfalls kein Nuklear-Staat. Für Nicht-Nuklearstaaten gilt das nicht.

Wenn Atomstaaten entscheiden, entscheiden sie über unsere Existenz; wir niemals über ihre. Ich habe im vorigen Jahr in Berlin formuliert: „Nicht wir, sondern andere treffen Entscheidungen über unsere Existenz. Unsere Hoffnung ist: In dieser Lage sind wir Deutschen nicht allein. Wir teilen sie mit allen Staaten Europas, die nicht über Atomwaffen verfügen. Alle Nicht-Atomwaffenstaaten haben das gemeinsame Interesse, nicht Geiseln zu werden, über die verfügt wird, und dennoch gleichzeitig die Bündnisse der Stabilität zu sichern." In dem Buch „Was wird aus den Deutschen?" habe ich im Zusammenhang darzulegen versucht, daß sich alle nicht-atomaren Staaten, auf beiden Seiten und in beiden Bündnissen, in der gleichen Situation sehen. Keiner dieser Staaten kann existentielle Entscheidungen über die Atomstaaten treffen. Diese Ungleichheit ist nicht zu beseitigen. Sie ist ein destabilisierender Faktor der Bündnisse, die wir brauchen, weil niemand aussteigen kann; denn wenn das Dach der europäischen Sicherheit in Brand geriete, nützte kein Rückzug in neutrale Ecken.

Atomwaffenfreie Zonen, konventionelles Gleichgewicht und Bündnisgarantien

Unter dem Gesichtspunkt der gemeinsamen Sicherheit ergibt sich folgender Vorschlag:

1. Alle Atomwaffen werden aus den Staaten in Europa abgezogen, die nicht über sie verfügen.
2. Auf dem Gebiet der konventionellen Streitkräfte wird ein annäherndes Gleichgewicht zwischen NATO und Warschauer-Vertrag hergestellt.
3. Die beiden Bündnisse mit ihren Verpflichtungen und Garantien bleiben unverändert.

zu 1: Europa wird damit nicht atomwaffenfrei. Die Atomwaffen bleiben bei den vier Staaten, die über sie verfügen. Es entsteht eine atomwaffenfreie Zone, bedroht oder unter dem Schutz von Atommächten, die über Waffen unterschiedlicher Reichweite verfügen, die sie im Falle eines Konfliktes einsetzen könnten. Aber die Gefahr einer Eskalation wäre vermindert: Wo keine gefährlichen Ziele sind, wird der Einsatz gefährlicher Waffen unnötig. Die gesamte Diskussion über die Begrenzbarkeit von Kriegen, die Senkung der atomaren Schwelle, wäre gegenstandslos.

zu 2: Eine atomwaffenfreie Zone in Europa verlangt, daß die konventionellen Streitkräfte in einem Gleichgewicht sind, also jede Überlegenheit beseitigt wird, gegen die zur Zeit nukleare Waffen für erforderlich gehalten werden. Ohne die Bereitschaft zum konventionellen Gleichgewicht ist eine atomwaffenfreie Zone in Europa nicht realistisch, da keine Seite einen Vorteil gegenüber der anderen haben darf.

zu 3: Im Interesse der Stabilität und Sicherheit bleiben die Bündnisse unentbehrlich. Ihr Prinzip, die Verletzung der Grenzen eines Partners als eine Verletzung der Sicherheit aller zu betrachten, entspricht auch der Idee der gemeinsamen Sicherheit. Gemeinsame Sicherheit ist nur mit den Bündnissen und mit ihren Führungsmächten und nicht gegen oder ohne sie zu erreichen. Außerdem genießen die neutralen Staaten Europas die Stabilität, die durch die Bündnisse garantiert wird.

Eine solche Überlegung muß zu allererst unter dem Gesichtspunkt der Interessen überprüft werden. Von den beiden Supermächten her könnte sich die Frage ergeben, ob eine solche Regelung nicht zu einer Teilung des Risikos führte, weil die Möglichkeit eines atomaren Schlagabtausches allein zwischen ihnen größer werden könnte. Aber zunächst einmal haben sie ja dafür SALT oder START; außerdem bleibt das Risiko der atomwaffenfreien Staaten aufgrund ihrer geographischen Lage, das heißt, ihr unmittelbares Risiko durch die zerstörerische Kraft moderner konventioneller Waffen.

Keine gemeinsame Sicherheit ohne atomaren Schirm

Zum anderen müssen alle Atomaren wie Nicht-Atomaren die Möglichkeit sehen, daß im Falle eines Krieges schließlich doch Atomwaffen von außen auf Europa gerichtet und benutzt werden. Davor darf niemand die Augen verschließen. Aus der Sicht der nicht-nuklearen europäischen Staaten wäre zu fragen, was sie denn davon hätten, wenn sie im Ernstfall doch durch nukleare Waffen bedroht wären. Die Antwort ist, daß die Atommächte, mindestens die USA und die Sowjetunion, auch heute schon nicht nur fast jeden Punkt auf allen Kontinenten durch ihre Raketen erreichen können, sondern im Konfliktfalle natürlich auch jetzt die Option haben, strategisch hier gar nicht stationierte Atomwaffen zu benutzen. Der Unterschied zu heute wäre, daß es keine Ziele gäbe, die den Atomschlag auf sich ziehen. Aber alle müssen sich klarmachen: Es gibt keine gemeinsame Sicherheit, die auf den atomaren Schirm verzichten kann, der gleichzeitig die atomare Bedrohung ist. Es ist Futorologie, an einen Zustand zu denken, in dem atomare Waffen abgeschafft sind, so sehr dies ein Ziel bleibt, das erst erreichbar werden könnte, wenn die Doktrin der gemeinsamen Sicherheit sich etabliert, bewährt und die Abschreckung ersetzt hat.

Etwas anderes wird denkbar und sinnvoll, wenn

dieser Vorschlag verwirklicht würde: nämlich die sogenannte negative Sicherheitsgarantie, wie sie die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die Sowjetunion auf der ersten Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen im Jahre 1978 abgegeben haben. Die Vereinigten Staaten haben erklärt, daß sie keine nuklearen Waffen gegen irgendeinen nicht-nuklearen Staat benutzen werden, der dem Nicht-Verbreitungsvertrag beigetreten ist, ausgenommen im Falle des Angriffs auf die Vereinigten Staaten, ihre Streitkräfte oder Verbündeten durch einen nuklearen Staat oder einen seiner Verbündeten. Großbritannien hat im Prinzip die gleiche Erklärung abgegeben. Die Sowjetunion hat erklärt, niemals nukleare Waffen gegen solche Staaten zu benutzen, die auf Produktion und Erwerb solcher Waffen verzichten und sie nicht auf ihrem Territorium haben. Für eine Zone ohne Atomwaffen in Europa würde die Verpflichtung durch derartige Erklärungen, die gar nicht anders zu lauten brauchen, zusätzliche Stabilität, also Sicherheit bringen. Gleichzeitig bliebe die Abschreckung des Atomschirmes erhalten.

Kernwaffen-Teststopp

Es würden eine Reihe von Streitigkeiten im Bündnis gegenstandslos: Die Entwicklung immer kleinerer Atomwaffen, sogenannter Gefechtsfeldwaffen und Neutronenwaffen. Denn sie zu entwickeln und zu produzieren macht wenig Sinn, wenn sie das Territorium verlieren, auf dem sie stationiert und nötigenfalls eingesetzt werden sollen. Der Einwand, was man für teures Geld produziert hätte, könne nicht einfach beiseite gelegt werden, ist nicht akzeptabel. Für mehr Sicherheit ist uns die Produktion von Waffen nicht zu teuer, ihre Beseitigung darf es noch viel weniger sein. Und wer von der Sowjetunion und ihren Verbündeten die Beseitigung von Waffen verlangt, mit Recht ohne Rücksicht darauf, was sie gekostet haben, muß auch selbst dazu bereit sein.

Die Aufgabe kleiner Nuklearwaffen könnte auch endlich die Lösung eines Problems bringen, die alle Nichtnuklearstaaten vor den Vereinten Nationen, die Bundesregierung eingeschlossen, seit langem gefordert haben und im Juli wieder fordern werden, den umfassenden Versuchs-Stopp. Vor fast genau 25 Jahren hat der Deutsche Bundestag sich einmütig dafür ausgesprochen, weitere atomare Versuchsexplosionen einzustellen. Schon damals sagte man zu Recht, daß die angesammelten Zerstörungspotentiale ausreichen. Heute verfügen Frankreich und England etwa über die gleichen atomaren Explosivkräfte wie damals Amerika und die Sowjetunion. In all diesen Jahren haben die Atommächte immer neue Entschuldigungen gefunden, um dem vereinten Willen der Nichtatomstaaten auszuweichen. Sie brauchen immer noch ein paar Versuchsexplosionen, jetzt im Zehn-Kilo-Tonnen-Bereich und darunter, um immer kleinere Sprengsätze zu entwickeln, die unausweichlich den Schrecken vor ihnen verkleinern. Es könnte sein, daß die Atommächte erst dann die Kraft finden, den umfassenden Teststoppvertrag (CTB) abzuschließen, wenn die nichtatomaren Staaten ihnen verweigern, die Ergebnisse ihrer Forschung bei sich zu stationieren.

Stationierungsentscheidung

Die nuklearen Staaten haben die Verpflichtung zur Reduktion der atomaren Waffenrüstung aus Art. 6 des Nichtverbreitungsvertrages seit mehr als 12 Jahren nicht erfüllt. Sie können sich nicht wundern, wenn das auf seiten der nicht-nuklearen Staaten Folgen haben wird. Nicht nur, was die Globalität des Nichtverbreitungsvertrages angeht. Solange die Signale nicht auf strategische Abrüstung gestellt sind, und zwar durch mehr als die Erklärungen guten Willens, die wir lange genug gehört haben, ohne daß Taten folgten, werden die nicht-atomaren Staaten gedrängt, sich auf ihr einziges Mittel zu besinnen, das sie in diesem Zusammenhang haben, nämlich das: Sie können darüber entscheiden, ob Atomwaffen auf ihrem Boden stationiert werden oder nicht. Dies ist der einzige Punkt, auf dem die Nicht-Nuklearstaaten souverän sind.

Doch noch ein weiteres Mal ist nach den Interessen in diesem Zusammenhang zu fragen: Es kann kein Zweifel sein, daß Amerika niemals zulassen würde, daß Europa unversehrt in die Hände der Sowjetunion fällt. Man kann auch sicher sein, daß die Sowjetunion dies weiß. Die Abschreckung bliebe erhalten. Es gibt eben doch keine Abkoppelung, wenn konventionelles Gleichgewicht hergestellt wird und das Bündnis gilt.

Eine Regelung – keine Atomwaffen in Nicht-Atomwaffen-Staaten – würde nur bedeuten, daß die Staaten des Bündnisses, auf deren Boden sie heute stationiert sind, in denselben Zustand und unter denselben Schutz kämen, wie diejenigen Bündnisstaaten, die die Stationierung von Atomwaffen auf ihrem Boden in Friedenszeiten abgelehnt haben, wie zum Beispiel Norwegen und Dänemark.

Das amerikanische Argument könnte sein, daß man die amerikanischen Truppen nicht ohne die Fähigkeit, sich taktisch nuklear verteidigen zu können, lassen will. Aber hierauf wäre zu antworten, daß die amerikanischen Truppen dann nur unter demselben Risiko und unter denselben Bedingungen zu kämpfen hätten wie die Deutschen und alle anderen. Ihr Risiko wäre nicht größer als das unsere. Was die Sicherheitsstruktur angeht, wären die nicht-atomaren Partner des Bündnisses in einer vergleichbaren Lage wie Amerikaner, Franzosen und Engländer in West-Berlin es sind: Das Risiko für die Angegriffenen ist gleich; das Risiko für den Angreifer bleibt zuletzt unkalkulierbar, also zu groß. Und das funktioniert in Berlin, es würde für West-Europa erst recht funktionieren.

Gleiche Sicherheit vor Fehlkalkulationen

Präsident Reagan hat seine jüngsten Abrüstungsvorschläge auch damit begründet, daß die zerstörerischsten und destabilisierendsten Waffen, die Interkontinental-Raketen, nicht zu Fehlkalkulationen Anlaß geben dürfen. Er sucht also interkontinentale Berechenbarkeit als Basis der Stabilität und Sicherheit. Für Europa haben wir das Gegenteil, die bewußte Unsicherheit der Region im Rahmen der Triade. Aber natürlich muß Europa nach gleicher Sicherheit vor Fehlkalkulation streben. Nukleare Freiheit für Nicht-Nuklearstaaten würde dem Rechnung tragen, ohne die alte Drohung wegzunehmen, wie sie zwischen den beiden Supermächten besteht.

Es gibt übrigens eine Entwicklung der Waffentechnik, die ermöglicht, zwischen die taktische und die strategische eine weitere Stufe zu schieben. Beide Seiten verfügen über Unterseeboote, deren Raketen den Gegner erreichen, ohne vom eigenen Territorium aus abgeschossen zu sein. Die Verfeinerung und Erweiterung dieses Potentials durch seegestützte Marschflugkörper (Cruise Missiles) wird zunehmend ein Faktor, der unterhalb der interkontinentalen Ebene ein neues Gleichgewicht zu schaffen sucht, das dadurch gekennzeichnet ist, den Zeitfaktor, in dem beide Seiten verwundbar werden, annähernd vergleichbar zu machen. Gerade wenn diese Entwicklung weitergeht, ist also der Verzicht auf die taktisch-nukleare Ebene keineswegs gleichbedeutend mit dem übergangslosen Sprung auf die interkontinentale.

Wenn START funktioniert, also Fehlkalkulationen nach menschlichem Ermessen unmöglich werden, so ist das theoretisch die Abkopplung von oben, genauso wie es theoretisch die Abkopplung von unten wäre, wenn man sich allein auf ein konventionelles selbsttragendes Gleichgewicht stützen wollte. Das ist der Grund, weshalb die eurostrategischen Mittelstreckenwaffen in ein Gleichgewicht gebracht werden sollen, das ebenso Fehlkalkulationen ausschließt. Theoretisch ließen sich weitere Gleichgewichte denken: der Kurzstreckenraketen, dann der taktischen atomaren Schlachtfeldwaffen, ehe wir zu den konventionellen kommen. Dem gesunden Menschenverstand hält das alles nicht stand. Je kürzer die Flugzeiten und die Vorwarnzeiten werden, um so größer werden die Gefahren, Opfer technischer Fehler oder Irrtümer zu werden, auf die Menschen reagieren müssen, weil und wie es ihnen ihre Instrumente sagen.

Weitere Punkte unterschiedlicher Auffassungen im Bündnis könnten zu den Akten geschrieben werden: Ob es nicht eine Prämie für denjenigen geben könnte, der glaubt anfangen zu müssen; ob unmittelbarere Gefahr nicht vom ersten, sondern vom frühen Gebrauch der kleinen vorn stationierten Waffen ausgeht? Letzteres ist ein Punkt, dem der Bericht der Palme-Kommission besondere Aufmerksamkeit zuwendet.

Das Prinzip „Keine Atomwaffen in Nicht-Atomwaffen-Staaten" würde das Bündnis erleichtern, also festigen. Es ist einfach zu verhandeln, es ist leicht zu verifizieren.

Es blieben die Stufen der landgestützten eurostrategischen Raketen in Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion, der seegestützten strategischen Raketen der vier Atomstaaten unterhalb der interkontinentalen Ebene. Daß diese Ebenen in ein stabiles, von Fehlkalkulationen freies Gleichgewicht gebracht werden durch die vier Atomstaaten selbst, können die Nicht-Atomstaaten den atomaren Staaten durchaus überlassen. Denn es liegt im gemeinsamen Interesse, den scheinbaren Widerspruch zu erhalten, mit dem wir leben müssen: den Atomkrieg verhindern, aber doch zu ihm fähig zu sein. Das ist der atomare Schirm. Er bleibt.

Politisches Denken dem militärischen überordnen

Ein anderes Moment ist interessant. Wir sind heute mit der verhandlungstechnischen Schwierigkeit konfrontiert, daß Genf dafür sorgen muß, daß nicht ein neues Rennen bei Raketen kurzer Reichweite beginnt, während man über die längere Reichweite verhandelt. Wenn die taktischen Atomwaffen unverhandelt bleiben, können die Bemühungen zur ausgewogenen Truppenreduktion in Wien zur Kosmetik werden. Mit anderen Worten: Eigentlich hängt alles zusammen. Nichts ist ohne Berücksichtigung des anderen regelbar. Verhandlungstechnisch würde das Prinzip „Atomwaffenfreiheit für nicht-atomare Staaten" die Überschaubarkeit der beiden Verhandlungsein-

heiten bringen – atomar und konventionell. Die Verhandlungsmaterie für Wien würde sich natürlich erweitern.

Ich möchte wiederholen: Man darf nicht die bestehenden Instrumente weggeben, solange man über neue nur redet, aber sie nicht hat. Das heißt, Genf und Wien und die neuen Verhandlungen zur Reduktion strategischer Waffen müssen ihre Chance behalten. Nichts ist zu modifizieren, was darüber grundsätzlich gesagt wurde.

Aber wir müssen eine Perspektive öffnen, die endlich wieder politisches Denken dem militärischen überordnet, die Sachzwänge berücksichtigt, ohne sich ihnen zu unterwerfen, die uns aus der bedrükkenden Welt kleiner taktischer Vorteile entläßt, die Europa endlich wieder seine natürliche Kraft gibt. Wir müssen aus der Verkrampfung heraus, mit der wir solange an alten Strategien festhalten, bis die Arme lahm werden. Unvoreingenommen nachzudenken verlangt natürlich, sich korrigieren zu lassen durch bessere Ideen und jeden relevanten Einwand zu prüfen.

Zuletzt ist zu fragen: Atomwaffenfreiheit für Staaten des Nichtverbreitungsvertrages – wem würde das schaden? Ich sehe niemanden und keinen Staat. Eine solche Regelung würde die politische Atmosphäre in der Welt positiv verändern, die Gefahr eines Kollisionskurses bedeutend verringern. Schon die Absicht, über eine derartige Regelung zu verhandeln, würde der Welt neue Hoffnung geben, sie würde uns allen gemeinsam mehr Sicherheit geben. Und was eigentlich wollen wir mehr?